

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Absatzstellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Vorbestellung 2 RM. Inland. Ausland 2,50 RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Dresden  
Postfach: Dresden 2640  
Dienstag, den 18. März 1930

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 65 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 18. März 1930

## Am Beobachtungsstand.

Primo de Riveras Tod. — Umstellung der russischen Agrarwirtschaft. — Die neuen Bombenattentate.

Er war zu den Toten gelegt worden. Zu den politischen Toten, — denn ein paar Wochen lang schien es, als ob Primo de Riveras Werk in Spanien so gründlich zusammenzubrechen würde, daß auch das spanische Königtum das Scheitern des Diktators nicht lange überdauern könnte. Durch die Straßen Madrids wurden die roten Fahnen öffentlicher Rebellion gegen König Alfons getragen — aber sie sind verschwunden. Denn die Nachfolger Primo de Riveras griffen mit ebenso harter Hand zu, wie es der frühere Diktator getan hatte. Und wie weit die angeführten Reformen in der Staatsverfassung, vor allem die Wiederbelebung des Parlamentes, wirklich durchgeführt werden, ist noch sehr eine Frage heute noch nicht überschbarer Umstände geworden. Primo jedenfalls hat sich, als er Spanien verließ, durchaus nicht für einen politisch eudgütig Toten gehalten. Er hat darauf gehofft, daß der Ausbruch innenpolitischer Wirren in Spanien, vielleicht der Ausbruch eines offenen Kampfes zwischen Königtum und republikanischen Tendenzen wieder den Weg zur Rückkehr nach Spanien ebnen würde. Das hat er in Paris ganz unzweifelhaft erklärt. Er ahnte nicht, daß der Tod hinter ihm stand und schon die Senfe hob, um die Zukunftspäne des Mannes zu durchhauen, der länger als sieben Jahre hindurch der eigentliche Träger der Macht in Spanien gewesen war. Und zwar sicherlich nicht zum inneren und äußeren Schaden dieses Landes. Daß es ihm gelang, im Verein mit Frankreich die furchtbar blutende Wunde des Krieges gegen die Diktatoren zu schließen, ist ein so starker Aktposten in der politischen Bilanz des Wirkens dieses Mannes, daß sein Name doch aus der Geschichte Spaniens nicht mehr zu tilgen ist. Wenn er antiparlementarisch, antiparitätlich regierte in einem Lande, dessen Parlament und Parteien nicht mehr aus dem Chaos herauswuchsen, dürfte das wohl ebenso eine historische Bedingung, aber auch begrenzte Notwendigkeit gewesen sein. Liebe hat er damit nicht getrieben und die Säulen seiner Macht wurden brüchig; er ging aus der Macht heraus, als er das spürte.

Manchmal freilich bedarf es stärkerer Mittel, um Diktatoren zur Umkehr auf falschen Wegen zu zwingen. Die Agrarpolitik der Moskauer Sowjetmacht hat aber dazu geführt, daß Rußland, einst die natürliche Kornkammer Europas, an einen irgendeiner erheblichen Getreideexport gar nicht denken kann, sondern daß darüber hinaus das Gesehne der Hungersnot durch das Land wandert. Ein sich schnell rühender Fehler war die Politik, weil die Verfolgung der „Anfänger“, also der eigentlichen Überschussproduzenten, zugunsten der Kollektivwirtschaft des Dorfes das Land des fast einzigen Exportgutes beraubte, über das es verfügen könnte. Wenn die Einstellung dieser antiindividualistischen Maßnahmen jetzt erfolgen soll, so hat dies natürlich seinen Grund darin, daß die Frühjahrsbestellung vor der Tür steht. Ob aber die von oben her angelegte Umkehr nun auch die beabsichtigte Wirkung ausüben wird, über die Bedarfsdeckung des einzelnen russischen Bauern hinaus nun auch zu einer Bodenbestellung in größerem Umfang zu führen, steht auf einem anderen Blatte, die Zusicherungen der Moskauer Diktatoren haben keinen hohen Kurswert. Des weiß man ja in Deutschland aus Erfahrungen der jüngsten Zeit recht genau und die offizielle Entscheidung der leitenden Moskauer Kreise, der Kampf gegen die Konzeptionsbetriebe seien nur Übergriffe dristlicher Behörden, ist auch nicht gerade mit überzeugender Kraft ausgestattet. Wenn man wie Sowjetrußland auf den „Weltkapitalismus“ immer und immer wieder angewiesen ist, kann man ihn nicht im eigenen Lande mit Stumpf und Ziel austrotzen wollen. Erklärter wirtschaftlicher Dogmatismus rächt sich gewöhnlich sehr bald, auch wenn er über die Waffen schärfster Terrors verfügt.

Sinnlos ist ja auch jener andere Terror, der in Deutschland zu den fast wie eine Seuche grassierenden Bombenattentaten Veranlassung war, jetzt wieder zu einem erfreulicherweise mißglückten Ausbruch schritt. Mit den früheren Ausbrüchen wird sich ja demnächst das Gericht in Altona beschäftigen, weil auch die politischen Fanatismus entzündenden Rechtsverletzungen ebenso bisweilen auch eine noch schärfer unterstrichenen Sühne finden müssen wie die anderer Art. Kritik am Staat, Opposition gegen seine Haltung und Maßnahmen soll es geben und wird es immer geben, aber hat sich immer in den Grenzen des gesetzmäßig Zulässigen zu halten. Vielleicht bringt die Gerichtsverhandlung in Altona auch endlich eine Aufklärung darüber, was mit den Attentaten überhaupt „beabsichtigt“ war, „bezweckt“ wurde, weil man bisher über Absicht und Zweck dieser politischen Experimente sich wirklich keinerlei Vorstellungen machen konnte. Politischem Terror mit den schärfsten Maßnahmen zu begegnen, ist aber nicht nur Notwehrrecht des Staates, sondern auch seine Pflicht.

## Hindenburg und das Polenabkommen

### Vorträge beim Reichspräsidenten.

Neue interfraktionelle Besprechungen.

Reichspräsident von Hindenburg hat bekanntlich die Besetze des „Neuen Planes“ ausgesetzt, sich aber die Entscheidung über

das deutsch-polnische Liquidationsabkommen

vorgehalten und sie von dem Ausfall der Nachprüfung abhängig gemacht, ob das Abkommen verfassungsgemäß ist und demnach zu seinem Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages bedürft hätte. Der Reichspräsident nahm dementsprechend Vorträge entgegen des Reichsfinanzministers Hermann Müller und des Reichsjustizministers von Guérard über die mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen in Zusammenhang stehenden Rechtsfragen. An der Besprechung nahmen ferner teil die Staatssekretäre Dr. Zoel, Zweigert und Dr. Meißner sowie der Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Gauß. Eine Entscheidung über die Verhängung des Gesetzes hat der Reichspräsident noch nicht getroffen.

Die interfraktionellen Besprechungen im Reichstag wurden fortgesetzt. Im Vordergrund standen die Verhandlungen über

die Agrarfragen,

mit denen sich zunächst die Fraktionen beschäftigten. Auch die Besprechungen über

die Finanzreform

wurden fortgesetzt. Diese Besprechungen haben allerdings im Augenblick mehr formale Bedeutung. In ihr entscheidendes Stadium werden sie Anfang nächster Woche eintreten, wenn der Parteitag der Deutschen Volkspartei vorüber ist und damit die politischen Grundlagen für die weiteren Verhandlungen geschaffen sind. Die vom Reichstag verabschiedeten

Finanzvorlagen des Kabinetts

sind dem Reichstag zugegangen, der sie noch in dieser Woche zur ersten Beratung stellen und dem Steueraussschuß überweisen will. Der Reichstag tagt bekanntlich in dieser Woche nur bis zum Donnerstag, da am Freitag und Sonnabend der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim stattfindet.

Gegenstand der interfraktionellen Verhandlung war auch

die Arbeitslosenversicherung;

die Volkspartei vertritt den Standpunkt, daß der Beitrag von 3% Prozent nicht überschritten werden dürfe und der

Rest des Bedarfs durch innere Reformen der Versicherung gedeckt werden müsse. Die Sozialdemokraten hielten sich gegenüber diesen Vorschlägen sehr zurück.

### Polnischer Handelsvertrag vollzogen.

In Warschau unterzeichnet.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag wurde mit seinen Beilagen, zu denen ein Veterinärabkommen und ein Schlachtprotokoll gehören, am Montagabend im Ministerpräsidium, dem ehemaligen Palais Radziwiłł in Warschau, paraphiert. Von deutscher Seite unterzeichnete Dr. Kauffner, polnischerseits Minister Twardowski.

### Französisch und Saager Abkommen.

Die französische Regierung wünscht unterzügliche Diskussion. Der Generalsekretär am Quai d'Orsay, Berthelot, hat an den Vorsitzenden des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten ein Schreiben gerichtet, in dem auf die Billigung der Saager Regelung durch das deutsche Parlament und auf die Ratifizierung durch den Reichspräsidenten hingewiesen wird. Es sei vorteilhaft, die Billigung des französischen Parlamentes

in möglichst kurzer Frist

zu erzielen. Die Regierung gedenkt infolgedessen die Ratifizierung der Gesetzentwürfe im Laufe der kommenden Woche einzubringen. Sie wäre dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten dankbar, wenn er durch schnelle Wahl des Berichterstatters und möglichst rasche Durchführung der Zerz alle geeigneten Vorkehrungen treffen würde, um die unverzügliche Diskussion der Saager Abkommen zu erlauben.

### Die Verzögerung der Saarverhandlungen.

Saarländische Bewegung in Berlin.

Die durch die seit Monaten geführten deutsch-französischen Saarverhandlungen in den Vordergrund gerückte Frage der Saarländischen Bewegung bildete den Gegenstand eines Vortragsabends, der am Montagabend in Berlin stattfand. Der Bund der Saarvereine und die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landbauvereine in Berlin lösten eine Entschließung, in der es zum Schluß heißt: Sollte — wie es den Anschein habe — Frankreich durch unerbittliche Forderungen den Abbruch der gegenwärtigen Verhandlungen herbeiführen, so fordere die Bevölkerung des Saargebietes, daß der Völkerverbund seine Pflicht erfülle und für Beseitigung des Unrechts an der Saar Sorge trage. In ihrer Treue zum deutschen Vaterland werde die Bevölkerung an der Saar niemals wankend werden.

## Der Finanzminister hat das Wort!

Sächsischer Landtag.

(30. Sitzung.) OB. Dresden, 17. März.

Die Tagesordnung der Landtagsitzung enthält als einzigen Punkt die

Erklärung des Finanzministers Dr. Weber.

Der Minister betonte, daß zum erstenmal seit Kriegsende im Reichstag Sachverhalte in balancierter Form vorgelegt werden. Dr. Weber warnte allerdings vor einer optimistischen Auffassung über den Etat und gab der Besorgnis Ausdruck, daß die an und für sich vorläufig geschätzten Einnahmen infolge der großen Notlage unserer Wirtschaft nicht voll eingeht würden. Die einzelnen Sparmaßnahmen der Regierung fänden wenig Gegenliebe auf der äußersten Linken des Hauses, die vor allem gegen die beabsichtigte Kürzung der Ausgaben beim Landesfürsorgeverband und gegen die Erhöhung der Verpflegungssätze bei den künftigen Anstalten, bei den Heil- und Pflegeanstalten und bei den Erziehungsanstalten protestierte.

Bei der Frage des Landesfinanzausgleichs

ist, wie Finanzminister Weber weiter ausführte, die Regierung bei der Aufstellung des Staatshaushaltsplanes davon ausgegangen, daß der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesfinanzausgleichs, der in diesen Tagen dem Landtag zugeht, dessen Zustimmung finden wird. Dieser Gesetzentwurf ist das Ergebnis langjähriger Verhandlungen, bei denen die Regierung den Gemeinden und Bezirksverbänden so weit entgegengekommen ist, als es bei der gegenwärtigen Finanzlage des Staates überhaupt möglich ist. Bei dieser Gelegenheit kam der Finanzminister auch auf eine Äußerung zum Staatshaushaltsplan zu sprechen, die der Sächsische Gemeindefettag der Öffentlichkeit unterbreitet hat. In diesem Artikel werde behauptet, daß der Ausgleich im Staatshaushaltsplan zu einem erheblichen Teil

auf Kosten der sächsischen Gemeinden

und Bezirksverbände erzielt worden sei. Es wurde behauptet, daß die Gemeinden und Bezirksverbände durch den neuen Staatshaushaltsplan um 3,13 Millionen Mark mehr belastet würden. Die Regierung müsse auf das Entschiedenste der Behauptung widersprechen, daß die Kürzungen von Staatszuschüssen gleich hohe Mehrbelastungen der Gemeinden und Bezirksverbände bedeuteten. Der Minister wies das dann in einzelnen an den Einstellungen im Etat nach und meinte, die Darstellung des Gemeindefettags sei einseitig, indem sie es unterlasse, diejenigen Beträge mit in die Berechnung einzubeziehen, um die die Gemeinden durch den vorliegenden Haushaltsplan besser gestellt würden.

Einige Worte widmete der Minister den Klagen des Staatsvermögens und den

wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates.

Den erheblichsten Einnahmeposten unter den Einnahmen der allgemeinen Rentenverwaltung stellen namentlich die Dividendenentnahmen der Aktiengesellschaft Sächsische Werke in Höhe von sieben Millionen Mark dar. Wenn auch die schwere Wirtschaftslage auf die Entwidlung der Sächsischen Werke nicht ohne Einfluß geblieben sei, seien doch die Umsätze weiterhin gestiegen.

Der Finanzminister schloß seine Darlegungen:

Der Etat zeigt auf allen Gebieten die Auswirkungen der Notlage, in der sich unser Volk und unsere Wirtschaft befinden. Trotz dieser Notlage ist es möglich gewesen, die Leistungen des Staates für seine großen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben ausreicht zu erhalten. Bei den notwendig gewordenen Kürzungen glaubt die Regierung von der Allgemeinheit und den beteiligten Kreisen erwarten zu können, daß auch sie der schwierigen finanziellen Lage des Staates Verständnis entgegenbringen. Die Regierung ist mit dem Lande einig in dem dringenden Wunsch, daß der allgemeinen Notlage recht bald bessere Zeiten folgen, zum Wohle des einzelnen und zum Wohle des deutschen Vaterlandes.

Die Staatsrede wurde von der Mitte des Hauses mit freudlichem Beifall ausgezeichnet, die rechte und die linke Seite des Hauses standen den Ausführungen sehr kühl, aber nicht ablehnend gegenüber. Die nächste Sitzung findet am 19. März statt. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung des Etats und zahlreiche damit in Zusammenhang stehende Vorlagen, Anträge und Anfragen.

### Die erfolglose Flottenkonferenz.

Keine Einigung.

Trotz aller krampfhaften Bemühungen, einen offenen Zusammenbruch der mit so vielen schönen Worten erfüllten Londoner Besprechungen zur Flottenabstimmung zu vermeiden, läßt sich die fast absolute Erfolglosigkeit der Konferenz kaum mehr verdecken. Am Sonntag versuchte der französische Ministerpräsident Laval in dem englischen Premier MacDonald auf dessen Wochenendausflug in Chequers, beide unterhielten sich eingehend über die Lage, ohne daß es zu einem wesentlichen Fortschritt gekommen wäre. Baldiges Ende oder vorzeitiger Abbruch der Konferenz sollen unter allen Umständen vermieden werden. Zu einem definitiven Beschluß scheint man jedoch nicht kommen zu können.

■ Fördert die Ortspresse ■